

Der Bundestagswahlkampf 2002 gehörte zu den langweiligsten in der Geschichte der Republik. Spannung entstand einzig durch die völlige Ungewissheit des Ausgangs. Es fehlten die ideenreiche inhaltliche Auseinandersetzung, die polarisierende Profilierung um Zukunftslösungen, der kantige Schlagabtausch von Persönlichkeiten. Zur Ideenarmut gesellte sich die personalisierte Präsidentialisierung auf Kosten der kleineren Parteien, die phasenweise völlig aus dem Blickwinkel der Medien herausfielen. Aufregungsgeprägt war hingegen der Wahlkampf wie selten zuvor: Die Rhythmen der Aufregung haben sich verkürzt. Nachhaltige und messbare Wirkungen hinterließen die Dramatisierungen selten. Dabei war die inhaltliche Qualität der Aufregtheit äußerst disparat – von der Hunziger-Affäre bis zu großen Firmenpleiten.

Die Inszenierung des Wahlkampfes

Der Wahlkampf schleppte sich über viele Monate träge dahin, so dass sich die Medien bemüht sahen, eine Inszenierung durch Fernsehduelle zu erzwingen. Erstmals in der Geschichte unserer Wahlkämpfe kam es zum unmittelbaren Reduell im Fernsehen zwischen dem Amtsinhaber und dem Herausforderer. Bislang hatte der kleinere Koalitionspartner solche Duelle erfolgreich verhindert. Genscher hätte niemals einem Kohl-Duell mit einem SPD-Herausforderer zugestimmt. Hinzu kommen andere Überlegungen, die ein solches Spektakel kritisch

einschätzen lassen: Da wir Parteien und keinen Präsidenten wählen, fehlte bisher diese mediale Zuspitzung. So findet die überwiegende Mehrzahl der Wähler auf dem Stimmzettel weder den Namen Stoiber noch Schröder. Die so genannten Elefantenrunden mit den Parteivorsitzenden aller Bundestagsparteien am Donnerstag vor der Bundestagswahl entsprachen in zurückliegenden Zeiten der Logik unseres Wahlsystems. Doch die zunehmende Präsidentialisierung – „Er oder ich?“ – macht aus Bundeskanzlern in parlamentarischen Systemen immer häufiger Kanzlerpräsidenten, die Allparteien-Koalitionen schmieden müssen, um doppelte Mehrheiten – nicht nur die eigene – im Bundestag und Bundesrat tagessensibel zu gewinnen. Mit medial inszenierten Auftritten versuchen die Hauptakteure Stimmungen zu erzeugen, die wiederum Mehrheiten vorausgehen. Die Präsidentialisierung ist in unserer Kanzlerdemokratie nicht vorgesehen, doch sie schreitet weiter voran und gerade in Wahlzeiten, wie das Duell belegt.

Unmittelbar wahlentscheidend sind diese das Beispiel der US-Präsidentenwahlen imitierenden Treffen nur, wenn sich ein Kandidat sehr grobe Fehlleistungen vor laufender Kamera erlaubt. Wählerwanderungen waren nach Sendeschluss ohne solche Schnitzer nicht zu erwarten. Im Zentrum der Wahlentscheidung steht für die Mehrheit der Wähler die unterstellte Problemlösungskompetenz der Parteien und der Kandidaten. Sympathie- und Persönlichkeits-

werte dramatisieren hingegen die Medien gerade auch durch solche Sendeformate. Sie entsprechen den medialen Regeln. Bei steigender Zahl unentschlossener Wähler wächst zeitgleich die Wirkung solcher Formate. Der kalte Charme von Bildschirm-Debatten hat seinen Reiz, doch seine Wirkung ist subtiler als von den Wahlzentralen geplant.

Nach den Fernsehduellen

Die direkte Wählerwanderung war nicht messbar. Doch indirekt sind zwei zentrale Aspekte wirkungsmächtig. Zum einen hat die Duellierung den kleinen Parteien geschadet. Zum anderen ging Stoiber in die Polarisierungsfalle. Doch zunächst zu den kleinen Parteien. Sie sind in der Koalitionsdemokratie der Bundesrepublik die Kanzlermacher wie im Falle der Grünen 1998 und 2002 oder die Kanzlerverhinderer wie die FDP. Die Duellierung der großen Volksparteien reduziert die Wahrnehmung der kleineren Parteien. Doch ohne sie kommt keine Kanzlermehrheit zu Stande. Die Gewissheit wuchs im Vorfeld der Wahl – und das knappe Ergebnis bestätigt die Vorahnungen –, dass auch in Deutschland erstmals eine handlungsfähige Mehrheit durch die Wahl nur schwer zu Stande kommen könnte. Beim Einzug der PDS in den Bundestag wäre eine sehr lange Zeit der Regierungsbildung gefolgt.

Während die eine Wirkung des Fernsehduells systemisch ausgerichtet war – ein Tribut an die Präsidentialisierung –, zielte eine zweite Linie auf den Mobilisierungsstrang. Monatelang war die SPD in der Defensive. Die hohe Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit und die vielen Pannen brachten Pluspunkte für die Union, ohne selbst viel zur eigenen Popularität beizutragen. Der Kompetenzwahlkampf war die einzig mögliche Strategie eines konservativ profilierten Kanzlerkandidaten, der in der Mitte neue Wähler gewinnen musste. Abwartend-lauernd

und mit Weichzeichner-Optik ging die Union in den Wahlkampf. Sie bot keine Angriffsflächen, keine Reibepunkte, um eine Gegenmobilisierung der SPD-Klientel zu ermöglichen. Die Union wich jeder Polarisierung aus. Erst im zweiten Fernsehduell gelang es Schröder vor einem Millionenpublikum, Stoiber in die Polarisierungsfalle zu locken. Krieg oder Frieden, dahinter steckt eine Polarisierungswucht, die eine argumentative Gegenstrategie unmöglich macht. Problematisch blieb bis zum Schluss, dass die Union das Kompetenz-Wahlszenario um keine wärmende Leitidee ergänzte. Zukunftskompetenz muss sich mit politischen Symbolen, attraktiven einfachen Formeln verbinden und nicht nur in der gebetsmühlenartig vorgetragenen Monotonie der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verharren. Weder von der SPD noch von der Union wird uns ein Slogan für die Wahlen 2002 in Erinnerung bleiben. Das war 1998 noch deutlich anders: Innovation und Gerechtigkeit, Neue Mitte – so lauteten die Chiffren eines Wahlversprechens, die eine neue Wählergemeinschaft mobilisierten.

Mit diesen beiden Aspekten einer Präsidentialisierung und einer Polarisierung haben die Fernsehduelle eine nachhaltige Wirkung entfaltet. Dieses Ergebnis ist unabhängig von Sympathie oder Kompetenzwerten, die normalerweise in der Wahlforschung dominant behandelt werden. Wenn somit im Rückblick die besondere Rolle der Medien im Bundestagswahlkampf 2002 gewürdigt wird, dann in dieser doppelten Hinsicht.

Die Wandelbarkeit der öffentlichen Meinung

Auch ohne die Zuspitzung in den Duellen kam dem Fernsehen eine besondere Rolle zu. Das lag nicht daran, dass mehr oder anders berichtet wurde als in zurückliegenden Wahlkämpfen. Vielmehr sind die Wähler durch die Erosion der Volkspar-

teiidemokratie wählerischer als früher. Wechselnde Tagesthemen unterstützen eine hysterisch wandelbare öffentliche Meinung. Wenn Wähler ungebunden sind, zeigen sie sich extrem tagessensibel auf den frei floatenden Wählermärkten. Damit steigt ein Gut, das verlässlich Orientierung bietet, nämlich die Führungsleistung der Hauptakteure. Die Effizienz des Regierungsmanagements, das Erscheinungsbild eines modernen Regierungsstils werden ebenso prämiert wie die Problemlösungskompetenz.

Kampf der Führungsstile

Politische Führung muss immer darauf ausgerichtet sein, Mehrheiten aus sehr unterschiedlichen Interessengruppen zu schmieden: improvisieren, taktieren, abwägen. Gleichzeitig ist bei jeder politischen Handlung die eigene Wiederwahl zu berücksichtigen. Politische Führung ist deshalb häufig mehr pragmatische Moderation als strikte hierarchische Steuerung. Doch als Projektionsfläche für alle Wechselwünsche eignensich solche grauen Vermittler in der Regel nicht. Deshalb steigt in der Politik der Wunsch nach Idolen. Die Deutschen sagen mehrheitlich: Eine starke politische Führung sei nötig. Sie wünschen sich Entscheidungstypen. Machtworte mit dem Charme einer Chefsache sind äußerst populär. So entscheiden Führungsstile zunehmend auch über Sieg und Niederlage bei Wahlen. In allen sozialen Milieus ist der Bedarf an demokratischer Führung gewachsen. Gerade weil politische Gewissheiten an Prägekraft verlieren und sich die Muster von politischer Gefolgschaft verändern, steigt die Sehnsucht nach politischer Führung. Sie lässt sich telegen personalisieren. Mediencharisma ist hilfreich, aber nicht absolut entscheidend. Die Führungsperson erscheint als Problemlöser, als verlässlicher Lotse im Alltag. Zeitgleich ist sichtbar, dass gerade der Entscheidungsspielraum für einzelne Akteure in einer sehr verflochtenen Ge-

sellschaft zunehmend geringer wird. Doch die Chefsache lebt vom Mythos und vom Heldenmotiv: Der Politiker muss zumindest den Eindruck erwecken, dass er allein die Entscheidung durchsetzen könnte. Macher-Image ist die Grundbedingung für Erfolg in der Politik.

Hinter dieser Fassade nehmen die Bürger allerdings sehr verschiedene Persönlichkeiten wahr. Abgestuft werden weitere Eigenschaften durchaus vom Wähler belohnt. So favorisiert der Osten Führung eher väterlich gemildert, aber entscheidungs-, willens- und durchsetzungsstark. Die Ministerpräsidenten Bernhard Vogel, Manfred Stolpe, Kurt Biedenkopf entsprechen oder entsprachen vollständig diesem Wunsch. Schröders kraftstrotzendes, mitunter fröhliches Rebellentum kommt hingegen ebenso an wie Stoibers strebsame Prinzipienfestigkeit. Bei all der Vielfalt der Machertypen muss eins gewährleistet sein: authentisch zu bleiben. Nur wer unverstellt vor einer inszenierten Medien-Fassade wirkt, der punktet als Macher beim Wähler.

SPD im Aufwind

Neben dem TV-Duell kommt vor diesem Hintergrund der Flutkatastrophe eine besondere Bedeutung zu, um die Aufhol- und Überholjagd der SPD einzuordnen. Darin konnte der Kanzler Regierungseffizienz an einem existenziellen Thema vorführen, während der Opposition nur kommentierende Worte blieben. Beide Ereignisse jedoch, von denen die SPD strategisch profitierte – die Flut und die Irak-Debatte –, kamen von außen, eher zufällig auf die Agenda der Wahlplaner. Trotz großer Kampagnenstäbe und zum Teil jahrelanger Vorüberlegungen punktete die SPD mit Themen, die nicht vorhersehbar waren.

Ein Neuanfang

Nur 8864 Zweitstimmen trennten schließlich Union und SPD bei der zurückliegen-

den Bundestagswahl. Deutlicher kann nicht dokumentiert werden, wie sehr die Deutschen eine Hassliebe zum Status quo umtreibt.

Die alte Regierung schien nicht völlig ausgezehrt. Gleichzeitig entfachte der versprochene Neuanfang keinen ausreichenden Wechselcharme. Aus tiefer Sehnsucht nach Sicherheit soll sich zwar vieles ändern, aber nur mit dem gleichzeitigen Versprechen, dass alles so bleibt wie es war. Erst durch die geübten Koalitionswähler erreichte das rot-grüne Lager eine knappe Mehrheit. Kanzlermacher (Grüne) und Kanzlerverhinderer (FDP) sind die kleinen Parteien. Komfortabel konnte diese Regierungsmehrheit erst durch die Überhangmandate werden, die Kanzler Schröder noch 1997 vom Bundesverfassungsgericht abgeschafft sehen wollte.

Der politische Status quo

Die SPD konnte zum drittenmal seit 1949 stärkste Fraktion im Bundestag werden. Dies gelang Schröder sogar zum zweitenmal hintereinander. Für die Geschichtsbücher der Republik hat er sich mit dieser Besonderheit verewigt. Vermutlich gilt das auch für seinen Herausforderer. Er scheint das absolute Optimum für einen konservativ profilierten CSU-Spitzenkandidaten in der Berliner Republik herausgeholt zu haben. Selten konnte ein Wahlverlierer so siegreich in sein Bundesland zurückkehren. Die politische Teilungslinie verläuft nicht mehr entlang der Elbe, sondern am Main: Der Süden wählt konservativ. Deutschland ist im Wahlverhalten, wie 1990 prognostiziert, tatsächlich nördlicher, östlicher, protestantischer

geworden. Doch verlassen kann man sich gerade auf die Wähler in den östlichen Bundesländern keineswegs. Sie sind aus Sicht der Parteien wesentlich ungebundener, unberechenbarer und situativer am politischen Tageserfolg orientiert als andere Wähler.

Verlust der strukturellen Mehrheit

Die Ergebnisse der Wahl lassen auch einen Umkehrschluss für die Union zu: 1998 war kein Betriebsunfall, der nur mit der Kohl-Abwahl zusammenhing. Mittlerweile existiert in Deutschland eine dominante rot-grüne politisch-kulturelle Befindlichkeit. Die CDU – und mit ihr das ehemals so bezeichnete bürgerliche Lager – hat die strukturelle Mehrheit in der Berliner Republik eindeutig verloren. Die Oppositionsrolle kann sie nur wieder verlassen, wenn sie attraktive mehrheitsfähige Themen andenkt und gleichzeitig die Suche nach neuen Koalitionsoptionen angeht. Es gilt den gesellschaftlich bedeutenden Konflikten einen parteipolitischen Ausdruck zu geben. Nach den bisherigen Rhythmen des Regierens sind die Chancen, nach acht Jahren einen Machtwechsel zu erreichen, ohnehin wesentlich aussichtsreicher.

Abweichend vom europäischen Trend der letzten Jahre, hat sich nicht nur eine sozialdemokratische Regierung im Amt halten können. Offenbar hat auch der parteiförmige Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Deutschland keine Chance. Unsere Konsensgesellschaft hat auch einer gesamtdeutschen Linken eine Absage erteilt. Die Mitte ist der „Heilige Gral“, auf den sich alle Suchbewegungen der Parteien weiter ausrichten.

Einem Teil der Auflage liegt ein Spendenüberweisungsträger der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. bei.